

## **Student\_innenRat der Universität Leipzig**

Referat für Antirassismus  
Marcus Adler  
Universitätsstraße , 04109 Leipzig  
Tel.: 0341 - 97 37 850  
Fax: 0341 - 97 37 859  
E-Mail: antira@stura.uni-leipzig.de



### **Positionspapier zur Unterbringung von Geflüchteten**

#### **Der StuRa fordert von den verantwortlichen Behörden auf Bundes- und Landesebene:**

**1. Eine menschenwürdige dezentrale Unterbringung geflüchteter  
Menschen in Leipzig und ganz Sachsen, welche den Bedürfnissen  
jedes\_r Einzelnen entspricht.**

Die Lebensbedingungen für die geflüchteten Menschen sind in den Erstaufnahmeeinrichtungen menschenunwürdig. Es fehlt an Privatsphäre, medizinischer Versorgung, angemessenen Sanitäreinrichtungen, ausreichender Verpflegung und es mangelt an speziell ausgebildetem Personal. Die Kommunen sollen mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen bei der Bewältigung dieser Missstände ausgestattet werden.

**2. Die gesetzliche Verankerung der Mindeststandards für die  
Unterbringung von Geflüchteten.**

Für eine menschenwürdige Unterbringung von geflüchteten Menschen ist es notwendig, angemessene Mindeststandards für die Aufnahmeeinrichtungen und insbesondere für die Notunterkünfte gesetzlich festzulegen.

**3. Ein Konzept zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen sowie die  
Möglichkeit eine begonnene Ausbildung in Sachsen abschließen zu  
können.**

Viele der geflüchteten Menschen haben in ihrer Heimat eine Berufsausbildung oder ein Studium begonnen. Ihnen muss es ermöglicht werden ihre Ausbildung schnellstmöglich wieder aufnehmen und abschließen zu können. Für geflüchtete Menschen mit Hochschulabschlüssen ist ein Konzept zur Anerkennung dieser unabdinglich.

#### **4. Den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Bildungs-, medizinischen, (psycho-)sozialen Einrichtungen, und bei Behördengängen.**

Für die geflüchteten Menschen bestehen vor allem sprachliche und bürokratische Hürden. Um die Probleme bewältigen zu können sollen bürokratisch niederschwellige Standards in einfacher Sprache, sowie die Mehrsprachigkeit gewährleistet sein. Zudem sollten feste Ansprechpartner\_innen etabliert werden, die Fragen direkt beantworten können oder an die Verantwortlichen vermitteln können.

#### **5. Die Möglichkeit für Geflüchtete an Bildungs-, Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen zu können.**

Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass geflüchtete Menschen an Bildungs-, Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen können. Hierbei stellen wir uns nicht nur das unbürokratische Schaffen von kostengünstigen Angeboten vor Ort vor, sondern auch die Möglichkeit das Zusammenleben zu gestalten. Ziel soll es sein die derzeit angestrebte „Willkommenskultur“ in eine dauerhafte Solidarität gegenüber Geflüchteten zu entwickeln.

#### **6. Eine bedürfnisorientierte und partizipative Asylpolitik.**

Es ist notwendig die Asylpolitik den Bedürfnissen der geflüchteten Menschen anzupassen. Das bedeutet auch, dass zur Ausarbeitung und Umsetzung eines neuen Asylrechts die Partizipation lokaler, institutioneller sowie zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen und vor allem der Geflüchteten unbedingt erforderlich ist. Nur durch eine solche Zusammenarbeit kann eine menschenwürdige Wohn- bzw. Lebenssituation garantiert werden.

#### **7. Die Möglichkeit für Geflüchtete einen schnellen, unbürokratischen und gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.**

Ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt hilft den geflüchteten Menschen selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen und ihre Lebensumstände so zu verbessern. Das Recht auf Arbeit dient zur Förderung der Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und sichert durch Festigung des Alltags die psychische Gesundheit.

#### **8. Ein konsequentes Eintreten gegen rassistische Stimmungsmache.**

Die gesamte Sächsische Landespolitik ist dazu angehalten die rassistische Bedrohung, die von Pegida/Legida ausgeht öffentlich zu verurteilen und den Schutz von (potenziellen) Opfern rassistischer Gewalt zu intensivieren und nachhaltig zu gewährleisten. Auch bei sogenannten "Bürger\_innenversammlungen" darf rassistischen Argumentationsweisen kein Raum gelassen werden!